

stadt.land.links

Das Verbandsmagazin der NRW Jusos

NR.4|2.Quartal 2016

**SCHWERPUNKT:
QUO VADIS, EUROPA**



INHALT



4

Juso-Bunte

SCHWER- PUNKT: QUO VADIS EUROPA

6

Großbritannien hat
entschieden

8

Interview mit Julia Herr

10

Kampf dem Rechtsruck in
Europa

11

Griechenland



12

Internationale Solidarität



Schengen

14

Kritiken

16

Aus den Unterbezirken

18

Bericht Israel

20

Bildung gibt's nicht für lau

21

Bericht vom Forum

22

Integrationsgesetz

24

Rätsel



LIEBE NRW JUSOS,



puh, erstmal durchatmen. Es hat in den letzten Wochen doch mächtig gerappelt in der Kiste. Und damit meine ich nicht die Tore bei der Europameisterschaft. Auch nicht die prall gefüllten Pokebälle. Sondern das heftige Knatschen im Gebälk der EU: Grenzkontrollen, fast ein rechter Präsident in Österreich (der jetzt noch eine weitere Chance bekommt) – und vor allem das Votum der BritInnen über den Brexit. Letzteres hat wohl alle Beteiligten – nicht zuletzt die BritInnen selbst – überrascht. So auch uns. Es hat uns gezeigt, dass unsere Welt brüchiger ist, als wir geglaubt haben und dass der europäische Integrationsprozess alles andere als ein Selbstläufer ist.

Wir singen die Internationale, rufen am Ende „Hoch die internationale Solidarität!“. Es ist eine Selbstvergewisserung und eine Referenz an unsere Wurzeln als internationalistischer Richtungsverband. Jetzt, in diesen düsteren Zeiten des nationalistischen Rollbacks muss daraus mehr werden: Eine Aufforderung, die internationale Solidarität endlich konkret umzusetzen. Wir möchten deshalb an Euch appellieren, in Zukunft noch stärker auf einen Austausch mit unseren europäischen PartnerInnenorganisationen zu setzen. Wir müssen gemeinsam darüber diskutieren, wie die Europäische Union reformiert und weiterentwickelt werden kann und welche

Rolle die europäische Sozialdemokratie spielen muss. Als politische Jugend sind wir besonders gefordert – denn der Brexit hat gezeigt, dass unsere Generation zwar klar mehrheitlich pro-europäisch eingestellt ist. In puncto Wahlbeteiligung war allerdings noch Luft nach oben. Wir müssen es schaffen, die Wichtigkeit demokratischer Teilhabe – gerade für junge Menschen – wieder klarer zu machen. Wir dürfen – um es deutlich zu sagen – Europa nicht den alten Menschen überlassen, die sich vor Veränderungen fürchten und sich nach alten, nationalstaatlichen Lösungen sehnen. Vor allem aber müssen wir Ängste abbauen, indem wir die Solidarität und das Soziale glaubhaft in das Zentrum der europäischen Politik stellen.

Dafür brauchen wir vor allem eine Sozialdemokratie, die für eine glaubhafte Alternative zur Sparpolitik und der Haltung als deutscher Schulmeister steht. Diese Idee, die Solidarität wieder ins Zentrum stellt, die Millionen europäischen Jugendlichen eine Perspektive gibt und die eine reformerische Kraft auslöst, hat die europäische Sozialdemokratie in den letzten Jahren vermissen lassen. Es darf nicht noch einmal passieren, dass ein SPD-Wahlprogramm (wie 2013) in puncto Europa nicht mehr zu bieten hat als vier mickrige Seiten, vergraben im hintersten Teil. Wir müssen uns JETZT von den konservativ-neolibera-

len TotengräberInnen der EU lösen. Wir müssen JETZT auf die linke Spur wechseln (wo wir Jusos schon immer unterwegs waren). Denn der Zerfall – er findet gerade JETZT vor unseren Augen statt. Zukunft gibbet eben auch auf europäischer Ebene nicht für lau. Wenn wir nicht handeln, kippt der Laden vollends nach rechts, in die Hände der populistischen RattenfängerInnen. Die entsolidarisierende Politik der letzten Jahrzehnte hat ihre Stimmen immer lauter werden lassen – jetzt ist es Zeit, dass unsere Stimme laut zu hören ist. Die Planung für dieses Heft begann schon weit vor dem Brexit-Votum. Folglich sind einige Texte bereits davor entstanden. Dennoch liefern Sie alle Vorschläge, die auch jetzt noch gültig – wenn nicht sogar gültiger denn je – sind. Daneben haben wir wie immer Spannendes aus unserem Verband, aus der Kultur, über unseren Kampagnen-Schwerpunkt Bildung uvm. für Euch zusammen gekloppt. Viel Spaß beim Lesen und einen schönen Sommer Euch – trotz alledem und alledem. Glück Auf,

F. Cordes

Euer Freddy Cordes,
Landesvorsitzender der NRW Jusos

In dieser Rubrik stellen wir Euch Fundstücke aus den unendlichen Weiten der NRW Juso-Archive vor. Wenn Ihr über besonders kuriose Fundstücke verfügt, seien es Bilder, gewagte Statements, verrückte Beschlüsse oder Flyer, schickt sie an magazin@nrwjusos.de.

DIE WELKE NELKE



Ursprung unbekannt.

Jusos machten Hipster-Mixtapes, bevor Mixtapes Hipster waren! Wer Infos zur Herkunft dieses Tapes – und vor allem zu dem auf ihm verewigten Liedgut mit den originellen Titeln – hat, möge sich bitte melden.



DIE QUARTALSNULL

Ohne Worte.

SOMMER. SONNE. SOZIALISMUS.

Wir sind ein internationalistischer Verband und wollen dies auch zeigen. Also packt neben der Badehose auch noch die rote Fahne mit ein. Ob auf Kuba, in Holland oder den Karpaten: Schickt uns Eure Urlaubsfotos mit Juso-Fahne bis zum 20. August an magazin@nrwjusos.de (Betreff: Jusos international) und freut Euch auf einen Überraschungspreis beim Sommerfest!

#jusosinternational



Ein Tweet und seine Geschichte

Wie es sich anfühlt, von Frauke Petry auf Twitter „geadelt“ zu werden



Man formuliert einen gemeinsamen Pro-Europa-Appell mit (fast) allen demokratischen Parteijugenden NRWs und den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF). Dieser wird bei Facebook und Twitter mit einem begleitenden Sharepic veröffentlicht, es gibt viel Zuspruch und Likes. Und plötzlich findest Du das

Sharepic auf dem offiziellen Twitter-Account von Frauke Petry als zitierten Retweet (von der JU NRW) wieder. Man liest einmal, zweimal, dreimal. Diese wenigen Worte, mit denen sie ihre Verachtung gleichzeitig herausrotzt und kaschiert. Da stehen die „Liberale“ (gemeint sind die JuLis NRW) und „Konservative“ (JU NRW) in Anführungszeichen – nur wir Jungsozialist(Inn)en nicht. Was meint diese Frau, die dem Hass ein freundliches Gesicht gegeben hat? Sind die fehlenden Gänsefüßchen eine Würdigung, dass wir noch „true“ sind? Oder eine besondere Abwertung, weil bei uns ja klar ist, für welches „falsche“ Ideal wir stehen? Oder gar ein verstecktes Koalitionsangebot? Man ist gleichermaßen verwirrt, abgestoßen, aber auch fasziniert. „Europa ungleich EU“ schreibt sie noch. Damit will sie den ganzen antieuropäischen Zorn bedienen, der durch ihr aufrechtes „Volk“ wabert. Und wir stellen fest: Sie kann nur das DAGEGEN artikulieren. Kann nur anderes schlecht machen, ohne irgendeine substantielle Antwort oder Lösung anzubieten. Wir durchschauen dich, Frauke. Eines bist Du nämlich garantiert nicht: Eine „Alternative“ für irgendwas oder irgendwen. Gerade wenn es um Europa geht, bist Du die Vergangenheit, in die wir nicht folgen werden.

PS: Das oben erwähnte Sharepic löste auch aus einer anderen Ecke heftige Reaktionen aus: Der Bundessprecher der linksjugend.solid, Daniel Kerekes, sah sich bemüßigt, erstmals bei Twitter mit uns Kontakt aufzunehmen. Gerne hätten wir das im Zuge einer gemeinsamen Initiative erlebt. Leider jedoch mussten wir uns von ihm über die „Unreformierbarkeit“ des „Elitenprojekts EU“ belehren lassen. Da haut's einem den Bogen ins Hufeisen.

RANDOM GRAMSCI-QUOTE

„Ich hasse die Gleichgültigen.

*Ich glaube, dass zu leben bedeutet, Partei zu ergreifen.
Gleichgültigkeit ist Apathie, ist Parasitismus, ist Feigheit,
ist das Gegenteil von Leben.*

Ich lebe, ich bin parteiisch.

*Deshalb hasse ich den, der nicht eingreift, ich hasse die
Gleichgültigen.“*

Aus dem sozialistischen Jugendmagazin „La città futura“, Februar 1917,
zitiert nach: Opratko, Benjamin (2012): Hegemonie“



WAS IST DAS FÜR 1 EUROPA?

Hand auf's Herz: Wir haben nicht geglaubt, dass sich die BewohnerInnen Großbritanniens tatsächlich dazu entscheiden würden, die EU zu verlassen. Es ist trotzdem passiert. Stehen wir nun vor einem Scherbenhaufen? Zerbricht Europa? Oder liegt die Lösung viel näher, als wir alle glauben? Wir versuchen in diesem Schwerpunkt eine Annäherung an den Zustand der EU. Die Texte sind zum größten Teil vor dem Brexit entstanden. Und vor der Entscheidung über eine Wiederholung der Präsidentschaftswahl in Österreich. Gewinnt dort nun der stramme Rechte, dem beim letzten Mal nur knapp 30.000 Stimmen fehlten? Über die Polarisierung der österreichischen Politik haben wir mit der Vorsitzenden der Sozialistischen Jugend Österreichs, Julia Herr, gesprochen.

Wie sieht es mit antieuropäischen Ressentiments von links aus? Was ist eigentlich mit dem guten alten Krisenherd Griechenland los? Wie leben wir die Internationale Solidarität in Zeiten der europäischen Erosion? Dieser Schwerpunkt liefert einiges an Antworten – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Aber mit einem klaren Bewusstsein: Wir halten Europa nach wie vor für die großartigste und beste Idee der Welt (nach dem Sozialismus). Lasst sie uns mit neuem Leben füllen. Lest dazu zuerst einen Kommentar zum Brexit:



Großbritannien hat entschieden. Entschieden zu gehen. Knapp 52% haben bei 72% Wahlbeteiligung für den Brexit gestimmt. Dass Schottland und Nordirland, dass die jungen Menschen mehrheitlich für den Verbleib in der EU stimmten, hat am Ende nicht gereicht. Das (noch?) Vereinigte Königreich wird die EU voraussichtlich verlassen. Die Befürworter des Verbleibs haben bis zum Ende gekämpft – und leider verloren. Danke trotzdem. Wir sind bei euch – und wir stehen weiter mit euch vereint für eine gemeinsame Zukunft. Was auch immer jetzt passiert, ist ungewiss und dennoch sind einige Punkte klar. Es darf keine Sonderbehandlung für Großbritannien geben. Bevor der Austrittsartikel von der britischen Regierung nicht zitiert ist, darf es keine Verhandlungen über einen eventuellen Sonderstatus geben. Pacta sunt servanda. Solange Großbritannien nicht den Austritt einleitet, gelten die Spielregeln für alle gleich. Und sobald die Regierung den Austritt einleitet, muss gelten, was für Norwegen oder die Schweiz gilt. Eine britische Ratspräsidentschaft ist undenkbar. Allerdings darf es dabei nicht darum gehen, die Situation im VK so schlecht wie möglich zu machen, die BritInnen mal fühlen zu lassen, was sie sich da eingebrockt haben, sie gar zu bestrafen. Die Zusammenarbeit muss weitergehen, das Miteinander mit den Menschen in Großbritannien Fortsetzung finden. Aber nach den Regeln, die wir uns gemeinsam gegeben haben.

Die Verhandlungen werden auf jeden Fall Jahre dauern und die Konsequenzen des Brexits sind unüberschaubar – nur die Richtung ist klar. Es geht nach unten und es geht zurück. Jahrzehnte der europäischen Integration werden zurückgedreht. Das wird sich leider nicht auf die Gesetzgebung beschränken, sondern wird auch die europäische Identität, das Gefühl der Menschen beeinflussen. Und das ist, wo wir weiter anpacken müssen. Wir sind 2014 in einen Europawahlkampf gegangen mit dem versprechen eines besseren, eines sozialeren, eines gerechteren Europas. Umgesetzt wurde davon wenig. Es ist an uns, an den ver-

bliebenen 27 Staaten der EU, Europa weiter zu bringen und sich nicht dem Schicksal, dem Rückschritt, der Auflösung, zu ergeben. Es ist an uns, den Brexit zu gestalten und die EU umzugestalten zu etwas, das mehr ist als zuvor. Es ist an uns Europa nicht nur eine soziale Dimension zu geben, sondern das soziale, die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei muss uns aber klar sein, dass nicht alle, die gegen den Brexit gestimmt haben, dass nicht alle, die sich gegen ihn gestemmt haben, diejenigen sind, mit denen wir das erreichen können. Der Neoliberalismus mag sich von Großbritannien aus verbreitet haben, aber er ist in allen Staaten Europas zu Hause.

Nicht nur deswegen ist fraglich, ob das ohne das Vereinigte Königreich generell einfacher wird. Dieselben Kräfte, die den Brexit auf der anderen Seite des Kanals herbeigewünscht haben, gibt es auch in Kontinentaleuropa. Es sind die PopulistInnen und die NationalistInnen, die einem geeinten Europa an den Kragen wollen. In Großbritannien zeigt sich die hässliche Fratze derer, die meinen den Kampf gegen ‚die Ausländer‘ gewonnen zu haben. Seit dem Votum hat sich die Zahl der ausländerfeindlichen Vorfälle explosionsartig vermehrt. Auf dem Kontinent sieht es ähnlich aus. Wilders und Hofer feiern den Anfang des Endes, Le Pen ruft das Europa der Vaterländer aus und slowakische Nazis trommeln für den Slovexit. 100 Jahre nach der Kriegshölle auf den Feldern Flanderns um das Städtchen Ypern herum, scheint vergessen, wo uns die Vaterländer einst hingebracht haben. Dabei spielen sich die Reaktionären und Identitären als internationalistische Bewegung auf, die ‚den Ihren‘ gemeinsam Ruhe verschafft. Das darf nicht sein, dem müssen wir noch lauter als zuvor entgegentreten. Es gibt nur eine internationalistische Bewegung. Und die steht links!

Wir dürfen jetzt nicht verzagen, sondern müssen nach vorne schauen. Progressiv sein, heißt aus der Vergangenheit lernen und die Zukunft besser machen. Gerade in Wochen wie diesen scheint das schwierig – aber es ist der Weg, an den wir glauben. Also auf gehts, raus gehts. Packen wirs an.

Hoch die internationale Solidarität! Vorwärts!



Ingo (31) ist Mitglied im Landesvorstand und betreut dort unter anderem die Leitlinie Internationales. Als fränkischer BVB-Fan in Brüssel lebt er die europäische Integration und ist deshalb wild entschlossen, für ein geeintes Europa zu kämpfen.

INTERVIEW

Liebe Julia, vor wenigen Wochen haben wir alle aufgeatmet, als das Ergebnis der Stichwahl zum österreichischen Bundespräsidenten bekanntgegeben wurde. Trotzdem sitzt der Schrecken darüber tief, dass ein völkischer Nationalist fast die Hälfte der Stimmen erhalten hat. Kannst Du für uns zusammenfassen, wie sich die Debatte in Österreich in diese Richtung entwickeln konnte?

Der Erfolg von Norbert Hofer war nicht überraschend. Schon seit Jahren fährt die FPÖ einen Wahlerfolg nach dem anderen ein und in den Umfragen zur Nationalratswahl hat sie immer öfter einen satten Vorsprung. Die Frage, wie es dazu gekommen ist, muss auf mehreren Ebenen beantwortet werden:

Erstens befinden sich die ehemaligen Großparteien SPÖ und ÖVP seit bald 10 Jahren in einer großen Koalition des Stillstandes. Gleichzeitig merken die Menschen, dass sich die Lebensbedingungen seit Jahrzehnten verschlechtern. Das trifft insbesondere die ArbeiterInnen und Angestellte in prekären Arbeitsverhältnissen - also das klassische Klientel der SPÖ. Doch genau dieses fühlt sich von der SPÖ nicht mehr ausreichend vertreten, ja, geradezu verraten. Die SPÖ ist zwar auch heute noch jene Partei, die sich am meisten für ArbeiterInnen einsetzt, doch es gibt keine spürbaren Reformen mehr und oft ist die Erläuterung dann: „Aber wir haben schlimmere Pläne der ÖVP verhindert“. Das hat in der Bevölkerung zu einer großen Ablehnung der etablierten Parteien geführt. Genau diese Stimmung nutzt die FPÖ nun aus in dem sie sich als Anti-Establishment Partei inszeniert. Das ist sie natürlich nicht, die FPÖ gibt es seit Jahrzehnten, von 2000 bis 2005 war sie zuletzt in der Bundesregierung und führte Politik gegen ArbeiterInnen. Bei vielen Menschen erscheint sie dennoch als Alternative.

Dazu kommt noch, dass die FPÖ einen unglaublichen „Opfermythos“ inszeniert, von wegen die linken Gutmenschen gehen ständig auf sie los. Sie weiß heute, Vorwürfe des Rechtsextremismus, geschickt abzuwehren und hat es tatsächlich soweit gebracht, dass berechnete Anschuldigungen mit „Nazikeule“ oder ähnlichem abgetan werden können und kaum noch für öffentliches Aufsehen sorgen.

Sie schafft es also, die Unzufriedenheit zu kanalisieren und wandelt diese in Hass und Hetze gegenüber Minderheiten. Egal wel-

Julia Herr (23) ist seit 2014 Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreichs. Sie ist damit nicht nur die jüngste Vorsitzende der SPÖ-Jugendorganisation aller Zeiten, sondern auch erste Frau in diesem Amt.



ches Problem, die FPÖ hat immer schnell einen Schuldigen zur Hand: Minderheiten, gesellschaftliche Randgruppen, der Staat, die Linken, die „Gutmenschen“. Und sie hat es geschafft, ein Netzwerk aus Facebook-Seiten und einschlägigen Infokanälen zu etablieren und diese als Alternative zu Massenmedien zu präsentieren. Die FPÖ hat sich eine eigene Medienwelt geschaffen und bringt herkömmliche Zeitungen bei ihrem Klientel in Verruf. Stichwort: Lügenpresse! Eigene Online Zeitungen, YouTube Kanäle und vor allem Facebook Seiten verbreiten Hans Christian Strache Mythen - herkömmliche Medien braucht die FPÖ oft nicht mehr. Ideal für Stimmungsmache!

In der europaweiten Debatte zu den Migrationsbewegungen des letzten Jahres, waren von österreichischen Politiker_innen immer wieder scharfe Töne angeschlagen worden. Ein Abbild für die Stimmung in der österreichischen Gesellschaft gegenüber Geflüchteten?

Ja und Nein. In Österreich hat die Zivilgesellschaft gezeigt, wie hilfsbereit die Menschen hier sind. Gleichzeitig haben einige PolitikerInnen eine gegenteilige Stimmung heraufbeschworen und hoffen daraus politisches Kleingeld zu schlagen. Dazu zählen mit Sicherheit die FPÖ, aber auch Außenminister Kurz von der ÖVP. Mit jeder Aussage wird die Grenze des Vertretbaren ein Stück weiter nach Rechts geschoben. Ein Beispiel dafür ist die Debatte um Grenzzäune: von der FPÖ angestoßen hat sie die ÖVP rasch übernommen. Anfangs war die Aufregung noch groß, doch je länger die Diskussion lief, desto mehr erschien der Grenzzaun in der breiten Öffentlichkeit als mögliche Alternative und dann als einzige - und dann wurde er gebaut. Für die FPÖ ist das optimal, denn sie kann sich als jene Partei profilieren, die ja schon immer die „Lösung“ parat hatte. Bei der ÖVP hat man das Gefühl, dass hier einige Kräfte bereits an einer ÖVP-FPÖ Regierung basteln. So oder so wird Politik auf dem Rücken der Flüchtlinge betrieben und vom notwendigen Kampf gegen Fluchtursachen und den wahren Problemen im Inland abgelenkt.

Alledem hat die SPÖ zu wenig entgegen gehalten. Die Rechten haben die Deutungshoheit erobert, weil die Linken nicht stark genug gegen diesen Rechtsruck aufgetreten sind. Schlussendlich haben auch Teile der SPÖ diesen Drall vollzogen und es damit

noch schwieriger gemacht, die gesamte Diskussion wieder mehr nach links zu schieben. Ein hartes Stück Arbeit, dass da also vor uns liegt!

Wie würdest Du die Gesinnung der FPÖ beschreiben? Und zu welchen Parteien und Organisationen haben sie in Deutschland und Europa Kontakte?

Die FPÖ ist eine Partei mit starken Verbindungen ins rechtsextreme Eck. Ein Drittel der Nationalratsabgeordneten ist Mitglied einer deutschnationalen Burschenschaft, die Anzahl der „Einzelfälle“ von Wiederbetätigung häufen sich und es gibt viele personelle Überschneidungen mit rechtsextremen Bewegungen wie den Identitären. Die FPÖ spricht in ihrem Programm von der „deutschen Kulturgemeinschaft“ und vertritt die Ideen der Neuen Rechten, z.B. den Ethnopluralismus. Sie pflegen Verbindungen mit dem Front National, mit der AfD, der Partij voor de Vrijheid und vielen anderen Parteien am rechten Rand. Sie sind also gut vernetzt.

Einer unserer wichtigsten gemeinsamen Werte ist die internationale Solidarität. Leider sieht man in Europa davon momentan nur wenig. Was für politische Antworten in der heutigen Zeit ergeben sich für Dich aus dem Begriff „internationale Solidarität“?

Wenn wir zuerst auf Europa blicken, ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik zentral. Die EU driftet auseinander, der Süden wird mit rücksichtslosen Vorlagen in den wirtschaftlichen Ruin getrieben. Statt gemeinsam Sozialstandards zu sichern und auszubauen, werden sie durch zwischenstaatlichen Wettbewerb zerstört. Wo hier „europäische Solidarität“ anfangen muss, ist klar. International müssen Bewegungen, die die „internationale Solidarität“ hochhalten, aufzeigen, wie Ausbeutung auf globaler Ebene funktioniert, wozu sie führt und was man dagegen machen muss. Beispiel dafür sind Waffenexporte. Solange Europa Waffen in Krisen- und Kriegsregionen exportiert, oft sogar an mehrere beteiligte Konfliktparteien, fahren zwar die Konzerne große Gewinne ein, aber Menschen verlieren ihre Lebensgrundlage oder gar ihr Leben. Das Resultat sind Menschen auf der Flucht. Diese Zusammenhänge müssen aufgezeigt und angegangen werden – weil sie nur auf internationaler Ebene gelöst werden können.

In den letzten Monaten ist auf europäischer Ebene viel los gewesen: Erst ist Dublin III einfach überrannt worden, danach ist die mühsam aufgebaute Idee von Schengen in kürzester Zeit zerfallen. Wie überwinden wir das Europa der Mauern und Zäune und welche Rolle können die sozialistischen Jugendlichen dabei spielen? Dublin III ist nicht überrannt worden, es ist viel mehr gescheitert, weil es von vornherein ein fehlerhaftes System war, das die Verantwortung allein auf den Süden der EU geschoben hat. Als Österreich und Deutschland im September Dublin aufhoben, war dies eine tolle Sache. Endlich konnten die Menschen weiter und ihnen wurde geholfen. Weniger toll ist, was folgte. Solange wir im nationalstaatlichen Denken gefangen bleiben und glauben, alles auf nationaler Ebene lösen zu können, werden wir scheitern. Globale Herausforderungen brauchen Antworten, die über

Staatsgrenzen hinausgehen. Als sozialistische Jugendorganisationen können wir hier vorangehen, internationale Zusammenarbeit leben und wirkliche Lösungen präsentieren.

In vielen Ländern Europas regieren Konservative, fast überall sind rechte Populist_innen und Rechtsradikale auf dem Vormarsch. Die Sozialdemokratie ist unsichtbar. Nicht wenige sozialdemokratische Parteien, darunter leider auch die SPÖ und SPD, haben sich der populistischen Stimmungsmache angeschlossen. Wie kann es den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas gelingen, Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen?

Das sehe ich teilweise anders. Jeremy Corbyn hat es geschafft, Labour wieder eine Stimme zu geben, die gehört wird. Wie erfolgreich er damit sein wird, wird sich zeigen. In Griechenland und schrittweise auch in Spanien haben neue Linksparteien, mit sozialdemokratischen Forderungen wie fairen Löhnen und gerechten Pensionen die alte Sozialdemokratie verdrängt, in Portugal hingegen arbeiten sie zusammen. Die europäische Sozialdemokratie befindet sich also in ganz unterschiedlichen Stadien. Was Syriza und Podemos zeigen, ist, wie man auch heute noch mit linken Positionen und Populismus Wahlen gewinnen kann. Populismus muss hier so verstanden werden, dass der Konflikt Oben gegen Unten, Reich gegen Arm, einfach und verständlich erklärt



Julia Heer beim Gespräch in einem Wiener Café.

wird. Die Sozialdemokratie in Mitteleuropa hingegen spricht diesen Konflikt viel zu selten an. Der sogenannte „Dritte Weg“, den viele Sozialdemokratische Parteien gingen, kostete ihnen dieses Alleinstellungsmerkmal, denn sie stellten nicht mehr die Systemfrage, setzten dem neoliberalen Kurs der Konservativen zu wenig entgegen. Es ist also etwas ähnliches passiert, wie wir heute in der Flüchtlingsfrage sehen: der Diskurs

um die Frage, was ein Staat machen darf, wie frei Märkte sein dürfen und was gegen Ungerechtigkeit getan werden muss, hat sich verschoben, weil die Linke den Rechten nichts entgegenhielt. Diesen Fehler müssen wir korrigieren, rasch!

Ihr habt gerade einen harten Wahlkampf hinter Euch, wir haben bald welche vor uns. Wie seid Ihr im Wahlkampf mit den Rechten umgegangen und was könnt Ihr uns mitgeben?

Wir haben im BundespräsidentInnenwahlkampf versucht, die FPÖ und ihren Kandidaten zu enttarnen. Im Wahlkampf machen sie immer auf sozial, Hofer schaffte es sogar, sich als sympathisch und harmlos zu inszenieren. Weder ist die FPÖ sozial, noch ist Hofer mit seinem Nationalismus und seiner Demokratiefeindlichkeit harmlos. Und genau diese Fassade versuchten wir einzureißen. Auf der Straße! Mit Aktionen und Infomaterial. Genau dort muss auch weiter gearbeitet werden, denn egal ob Wahlkampf oder nicht, wir müssen der Rechten wieder die Deutungshoheit entreißen!

Das Interview führte Fabian Bremer vor Bekanntwerden des Urteils zur Wiederholung der Präsidentschaftswahl in Österreich.



AUFBRUCH GEGEN RECHTSRUCK IN EUROPA!

Durch Europa geht ein Rechtsruck. Großbritannien wählt den Brexit. Die Finanzmarktkrise und die deutsche Politik des Kaputtsparens haben das politische Klima vergiftet: Griechenland liegt am Boden, zeitweise lagen auch Spanien, Portugal und Irland danieder, sogar Italien und Frankreich blickten tief in den Abgrund. Und dann sind da noch die Menschen, die aus Krieg und Elend zu uns nach Europa fliehen ...

Die Situation ist sehr ernst. Nicht nur die politische Rechte mobilisiert gegen die supranationalen Strukturen von Europa – und macht Stimmung gegen Geflüchtete. Auf die Gewalt der Worte folgt die Gewalt der Taten. Rassismus und Neonazis greifen um sich wie lange nicht mehr. Auch innerhalb der politischen Linken sind die Dämme gebrochen. Gerade aus den Teilen der Linkspartei, deren Grundsatz immer die ‚Überwindung des sozialdemokratischen Konsenses‘ sein sollte, kommt jetzt das politische Gift: Sahara Wagenknecht sieht das „Gastrecht missbraucht“ und hetzt gegen die sozialdemokratische Forderung eines progressiven Einwanderungsgesetzes, weil dieses bloß die Lohnkonkurrenz steigere und die Kapitalseite stärke. Daneben tauchen inzwischen auch Stimmen aus linken Basisinitiativen auf, die das „neoliberale Elitenprojekt Europa“ endlich abwracken wollen – zugunsten einer Renaissance des Nationalstaates und seiner Grenzen.

Wie sieht unsere Krisenstrategie gegen das ‚geballte Gestern‘ aus, das sich um uns herum breit zu machen droht? Was fordern wir ein von unserer Sozialdemokratie? Klar ist: Wir müssen raus aus dem Kleinklein der Großen Koalition! Und die Rechten gilt es mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Der erste Punkt klingt einfach, aber er bedeutet Umbruch: Die Große Koalition ist für die meisten von uns ein Grundübel, gerade in der aktuellen Situation. Aus meiner Sicht liegt das nicht daran, dass die SPD-MinisterInnen und unsere Abgeordneten nicht „abliefern“. Ganz im Gegenteil: Die SPD verkämpft sich im Bund für mehr Gerechtigkeit – und scheitert allzu oft an einer ignoranten Union. Die Erfolgsliste geht trotzdem weit über den Mindestlohn hinaus. Das Problem ist jedoch, dass die Bundes-SPD bis zur Belastungsgrenze im Maschinenraum des Regierungstankers schuftet – und dabei nicht begreift, dass ihre Aufgabe darüber hinausgeht. „Gesagt. Getan. Gerech.“, „Die SPD regiert. Das Land kommt voran“ – so heißen die Slogans der Bundestagsfraktion. Die Sozialdemokratie versteift sich so stark aufs Abarbeiten ihrer To-Do-Liste, aufs Regierungsmanagement als „Fahren auf Sicht“, dass sie ihren politischen Führungsanspruch vergisst. Wohin wollen wir steuern? Wo stehen uns die Konservativen in der Regierung im Weg? Es ist über-

fällig, dass die Sozialdemokratie ihre Unterschiede zur Union, zur demokratischen Rechten im Land, wieder „hochkocht“. Hier muss die große politische Konfliktlinie liegen: zwischen rechts und links! Hier hat der neue österreichische SPO-Bundeskanzler Christian Kern, der nicht weniger unter Druck von Rechts steht, bereits Ausrufezeichen gesetzt: Vor der Pride-Regenbogenparade in Wien erklärte er, es sei „beschämend“, dass es noch keine „vollständige Gleichstellung“ von LGBTTIQ-Paaren gebe. Er fügte hinzu, dass es „im heutigen österreichischen Parlament keine Mehrheit für diese simple Idee“ gebe. Er werde aber weiter dafür kämpfen – und das in dem Land, das neulich fast ein rechtsradikales Staatsoberhaupt gewählt hätte! Kern macht den politischen ‚Frontverlauf‘ klar, ließe sich in der militärisch klingenden Sprache Antonio Gramscis sagen. Wenn die Sozialdemokratie wieder für einen linken Politik- und Gesellschaftsentwurf, ja für eine „Idee“ (Kern im Interview mit der Zeitung FALTER) stehen will, muss sie diese mit Leben füllen. Sie muss wieder konsequent für gesellschaftliche Modernisierung, für ein besseres Morgen stehen! Unsere „Zukunft gibt’s #nichtfürlau“-Kampagne gibt die Richtung vor. Wahrscheinlich ist es sogar eine Schicksalsfrage für die progressive Linke, dass sie jetzt ein klares Aufstiegs- und Wachstumsszenario entwirft. Sie muss die Perspektiven von einer Million Langzeitarbeitsloser, vielen prekär Beschäftigten und jungen Menschen ohne Ausbildung zusammenbringen mit Integrationschancen für Eingewanderte. Die Integration der Menschen, die zu uns kommen, ist einerseits eine Frage der Humanität. Aber andererseits ist Einwanderung ein Segen für unsere alternde Gesellschaft. Wir müssen den Menschen sagen: Wenn wir den ‚Kraftakt Einwanderung und Integration‘ nicht voll annehmen, hinterlassen wir unseren Kindern weniger Chancen und Dynamik, dafür aber mehr Langeweile und Tristesse! Wer will in so einem Land leben?

Damit sind wir beim letzten Punkt: Wir müssen klarmachen, dass die Rechten keine Alternative sind! Dafür brauchen wir alle Mittel und Wege: RechtspopulistInnen zu entlarven und zu stigmatisieren bleibt wichtig. Aber auch die ruhige, inhaltlich harte Debatte kann ein Mittel sein. Letzteres macht der hier (zu) früh gefeierte Christian Kern vor: Mit ruhigen, sachlichen Ausführungen im Parlament entlarvt er die führenden FPÖ-RechtspopulistInnen als plumpe Schreihälse.



Felix Eggersglüb, 26, ist LaVo-Mitglied aus Ostwestfalen-Lippe. In seinem Münsteraner Exil arbeitet er als DGB-Jugendbildungsreferent. Als Mitglied des Schwerpunkt-Teams „Wirtschaft von Morgen“ interessiert sich Felix besonders für Arbeitsmarkt- und Klimapolitik

GRIECHENLAND ZEIGT: Mehr Europa bleibt zwingend erforderlich.

Die BritInnen haben also für den Austritt aus der EU gestimmt. Da das Königreich sich gegen die Europäische Union ausgesprochen hat, werden viele EurokritikerInnen eine gute Gelegenheit für Ihre Stimmungsmache gekommen sehen. Sie werden einen Stopp der europäischen Integration fordern. Die jüngsten Krisen und das Erstarken nationalistischer Kräfte in vielen Mitgliedsstaaten werden als Beweis für das Scheitern der Europäischen Union angesehen.

Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich: Das Gegenteil ist der Fall. Nicht nur in der jüngsten Geflüchtetenfrage liegt die Lösung in einer verbindlicheren, engeren europäischen Koordination. Auch die Staatsfinanzierungskrise in Griechenland lässt sich zukünftig nur durch eine engere europäische Zusammenarbeit verhindern.

Griechenland? Hä? Ach ja, da war mal was. Aber es ist still geworden um den einstigen Krisenherd Europas. Andere „Krisen“ gelten als wichtiger. Zudem hat sich Alexis Zypas zum brutalen Reformiergemausert – und wird gespart, ist Schäuble zufrieden und die deutsche Öffentlichkeit ruhig gestellt. Als Belohnung erhält Griechenland dafür Kredite von den internationalen GeldgeberInnen. Mit dem Geld kann Zypas den totalen finanziellen Zusammenbruch seines Landes und das Scheitern seiner Regierung hinauszögern. Gleichzeitig treibt er sein Land mit den brutalen Reformen immer weiter in die Rezession. An der grundlegenden Problematik ändern sie allerdings nichts. Die wichtigen Strukturreformen, die in Europa zukünftige Krisen verhindern könnten, sind derweil von der politischen Agenda verschwunden. Man darf nicht vergessen: Die Staatsfinanzierungskrisen einiger Eurostaaten basieren auch auf divergierender und konkurrierender Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalpolitik der europäischen Mitgliedstaaten.

Der Ökonom Andrew Watt vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat für die Bundeszentrale für politische Bildung die Gründe der Misere in Griechenland zusammengefasst:

"[...] die schwache Wettbewerbsfähigkeit der Griechen war auch Ausdruck dessen, dass Deutschland auf Leistungsbilanzüberschüsse setzte, die mindestens ebenso inkompatibel mit einer stabilen Entwicklung des Euroraums sind wie die allseits kritisierten Lohnexzesse des Südens."

Die bisherigen Krisenbehebungsversuche hätten die Krise in Griechenland sogar noch verschlimmert.

"[...] das Bruttoinlandsprodukt (BIP) [ist] insgesamt um ein Viertel gefallen. Die Staatsschulden stiegen trotz hartem Sparkurs unaufhörlich auf fast die zweifache jährliche Wirtschaftsleistung. Der Lebensstandard (gemessen am BIP pro Kopf) fiel auf unter zwei Drittel des EU-Durchschnitts. Vor der Krise hatte er bei fast 90 Prozent gelegen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 25 Prozent. Gut ausgebildete Menschen verlassen in Scharen das Land."

Die Lösung für die Krisen, nämlich eine Vertiefung der Europäischen Zusammenarbeit, muss also dringend wieder auf die Tagesordnung. Schon vor vier Jahren forderten die Wissenschaftler Peter Bofinger, Jürgen Habermas und Julian Nida-Rümelin:

"Die Rechtfertigung eines großen Integrationsschrittes ergibt sich jedoch nicht nur aus der aktuellen Krise des Euroraums, sondern gleichermaßen aus der Notwendigkeit das Unwesen des gespenstischen Paralleluniversums, das die Investmentbanken und Hedgefonds neben der realen, Güter und Dienstleistungen produzierenden Wirtschaft aufgebaut haben, durch eine Selbstmächtigung der Politik wieder einzufangen. [...]" Sie wollten: "die institutionelle Absicherung einer gemeinsamen Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik im Euroraum mit dem weitergehenden Ziel, die verlorene Handlungsfähigkeit der Politik gegenüber den Imperativen des Marktes auf transnationaler Ebene wiederzugewinnen"

Bis heute ist von ihren Forderungen nichts umgesetzt. Die Grundlage für die nächste Krise in Europa ist damit schon gelegt. Wer jetzt Zeit zum Durchatmen statt weiterer Integrationsschritte fordert, treibt Europa genau dort hinein. Das Gebot der Stunde kann also nur lauten: Mehr Integration, mehr Europa!



Jan Siebert (30) ist Mitglied im Landesvorstand und dort im Schwerpunkt „Wirtschaft von morgen“. Er arbeitet als Volkswirt an der Universität Duisburg-Essen. Zwischen 2008 und 2011 war er Vorsitzender der Jusos im Kreis Unna. Trotz seiner westfälischen Herkunft liebt er den Rheinischen Frohsinn und obwohl er in Dortmund lebt, brennt er für den FC Bayern.

"Internationale Solidarität muss gerade in Zeiten wie diesen für uns mehr als selbstverständlich sein."

So steht es im Arbeitsprogramm der NRW Jusos 2014-2016. Im Bündnis mit unseren internationalen Schwesterorganisationen und den Dachverbänden IUSY und YES haben wir uns vorgenommen, die Fragen unserer Zeit gemeinsam anzugehen und Antworten und Lösungen zu finden. Der besondere Fokus sollte auf den Verbänden westlich des Vaalser Dreiländerecks

liegen, auf den Jonge Socialisten in der PvdA in den Niederlanden, den niederländischsprachigen Jongsocialisten in Belgien sowie ihrem französischsprachigen Pendant Mouvement des Jeunes Socialistes.

Am Anfang steht dabei das Kennenlernen. Hier ist in den letzten Monaten viel passiert. So kam es zu regelmäßigen Zusammentreffen auf Jusoveranstaltungen auf Bundesebene, bei denen in lockerem Rahmen über dieses und jenes diskutiert wurde, zum Beispiel auf dem Juso-Summecamp

2015 und auf den letzten Bundeskongressen. Daneben waren die NRW Jusos auch regelmäßig auf den Kongressen und Feiern der PartnerInnenorganisationen und haben die Kontakte insbesondere zu den internationalen Aktiven hergestellt. Besonders in Erinnerung geblieben ist der Besuch auf dem Kongress der belgischen JS direkt nach den Brüsseler Anschlägen, zu einem Zeitpunkt zu dem internationale Solidarität tatsächlich mehr als selbstverständlich war. Last but not least waren die vielfältigen informellen Kontakte zwischen den Organisationen das tragende Netz, um letztendlich die Formalisierung der Beziehungen anzugehen.

Auf Initiative der NRW Jusos waren im Frühjahr 2016 schnell die interessierten Leute für ein erstes formelles Treffen gefunden. Die MJS Liège erklärten sich auch freundlicherweise bereit, unsere kleine Gruppe Internationalist*innen am 28. Mai im Büro der örtlichen Parti Socialiste willkommen zu heißen. Durch krankheitsbedingte Ausfälle geschwächt und trotz des andauernden Streiks der Bahnarbeiter*innen (mit dem wir uns natürlich solidarisch erklärten) fand sich an besagtem Tag dann mit Siman, Maxim und Mike, den drei internationalen Sekretär*innen von JS NL, JS BE und MJS, mit Stef und Carmelo, zwei weiteren Vertretern von JS NL und MJS und mit sowie Mareike und Ingo aus unseren Reihen eine starke Kerngruppe zum ersten Austausch ein.

Unter den Ikonen der Wahlplakate vergangener Zeiten ging es daran, miteinander sowie den Strukturen und Arbeitsweisen der

Schwesterverbände bekannt zu werden. Schnell sollte sich herausstellen, dass es hier mehr zu besprechen gab als vermutet. Das ging damit los, wer Jungsozialist*innen denn seien. Während mensch bei uns bekanntlich bis 35 Juso ist, ist bei JS Belgien zum 31. Geburtstag Schluss – andererseits geht es bei den JS NL z.B. schon mit 12 los. Die niedrigere Obergrenze stellt unsere Genoss*innen im Westen vor substantielle Probleme, da regelmäßig zentrale Leistungsträger*innen aus den Strukturen herausfallen, wenn sie gerade in den Mutterparteien verankert sind. Dieser Verlust ist vor allem aufgrund der Größe schwerwiegend. Alle drei Verbände sind selbstständig und nicht Teil der nahestehenden Parteien. Eine automatische Mitgliedschaft gibt es ebenso wenig wie eine fast automatische Gründung von (M)JS-OVs. Die Selbstständigkeit ist dann auch Grund für die unvorteilhaften Altersgrenzen. Diese richten sich nämlich u.a. nach den Förder- und Versicherungsbestimmungen der jeweiligen öffentlichen Stellen. Öffentliche Fördermittel sind neben den unbeliebten (JS BE haben ihren Beitrag von 1 Euro wieder abgeschafft) eigenen Mitgliedsbeiträgen und der bei schwankenden Wahlergebnissen unsicheren Unterstützung durch die Parteien Hauptfinanzierungsquelle der Verbände. Die Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln schränkt zusätzlich die Aktivitäten ein. In den Niederlanden müssen die so finanzierten Veranstaltungen zum Beispiel weltanschauungsoffen sein, d.h. Vertreter*innen anderer Parteien/Verbände müssen als Referent*innen berücksichtigt werden. In anderen Fällen dürfen Referent*innen nicht aus den eigenen Reihen stammen, um

förderfähig zu sein. An große oder auch spontane Kampagnen ist so nicht zu denken. Die föderale Struktur ist ebenfalls unterschiedlich. MJS ist eher lokal organisiert mit einer nur schwachen ‚Bundesebene‘, während die anderen Verbände eher wie NRW funktionieren. To be continued... Und trotz aller Unterschiede und aller möglichen Probleme hat sich an jenem Wochenende eines gezeigt: Aktiv und mit dem Herzen dabei sind wir alle. Der Austausch soll auf jeden Fall fortgesetzt werden,

das nächste Mal auch mit inhaltlichen Diskussionen. Geplant sind halbjährliche Treffen – das nächste im Dezember in Aachen – und weiter gegenseitige Besuche bei Kongressen. An dieser Stelle ist es wohl auch angebracht der neuen Vorsitzenden der JS NL, Lieke, zur Wahl zu gratulieren, nachdem der offizielle Kongressbesuch am 18. Juni leider gesundheitsbedingt ins Wasser gefallen ist. Wir freuen uns auf die zukünftige Zusammenarbeit. Und wer weiß, vielleicht gibt es ja bald den ersten gemeinsamen Kongress. Wichtig ist es aber auch zu betonen, dass internationale Arbeit keine exklusive Domäne der Landes- oder Bundesebene ist. Die Vielzahl der Initiativen in den Unterbezirken und Kreisverbänden ist mindestens ebenso wichtig und es ist Zeit, auch hier mehr Vernetzung zu schaffen. Vor diesem Hintergrund freut es uns, dass wir nach längeren Diskussionen mit YES und SPE endlich die letzten Puzzlestücke zusammen haben, um unseren Beschluss, Europa aktiv leben/umsetzen zu können. Mehr Infos folgen zeitnah! Hoch die internationale Solidarität!

Einen konkreten Output unserer Vernetzung gab es auch schon – wenn auch zu einem traurigen Anlass: Im Zuge des Brexit-Votums konnten wir mit MJS, JS und Jongsocialisten ein gemeinsames Sharepic für die Erneuerung der EU veröffentlichen (s.o.). So wird internationale Solidarität konkret!



GASTBEITRAG

DON'T TOUCH MY SCHENGEN



Schengenvertrag wird 31

Im Juni jährte sich der Schengenvertrag zum 31ten Mal. Doch nicht alles ist rosig. Befinden sich die Prinzipien des Schengenvertrages in einer Pre-Midlife-Krise?

Unsere Generation wuchs auf mit der Freizügigkeit, die der Schengenvertrag unter anderem mit sich bringt. Europas interne offene Grenzen wurden so zum Hauptmerkmal Europäischer Integration. Es gibt nichts Schöneres als reisen oder gar zwischen zwei Ländern pendeln ohne den Pass vorzeigen zu müssen.

Doch nun scheint die europäische Politik an diesen Prinzipien zu rütteln. Es ist schwierig zu behaupten, man habe die Migrationskrise nicht ankommen sehen: seit Jahren wiesen Akademiker darauf hin, dass jeder Sommer einen Migrationsschub, dramatische Geschichten und leider auch Tote im Mittelmeer mit sich bringt. Seit spätestens 2015 ist es aber endgültig jedem bewusst. Die fehlende gemeinsame europäische Asylpolitik führte dazu, dass die Asylsuchenden dorthin gingen, wo es sie hinzog. Populisten zogen schnell einen Link zwischen den Asylsuchenden und Schengen und behaupteten, die Freizügigkeit innerhalb der EU setze das Asylsystem außer Kraft. Und so kommt es, dass Europa statt Gastfreundlichkeit im Jahr 2016 eine hässliche Fratze zeigt. Neben steigend offener Ausländerfeindlichkeit wird gefühlt auch eine Landesgrenze nach der Anderen geschlossen. Derzeit haben vier Länder zeitliche Wiedereinführungen der Grenzkontrollen spezifisch wegen Schengen der Europäischen Kommission mitgeteilt: Deutschland, Österreich, Dänemark und Schweden.¹

Aber woher kommt dieser Link zwischen Freizügigkeit und Migration? Gute Politikvorschläge sollten doch vor allem auf das Problem eingehen und hierfür eine Lösung finden. Wird wirklich alles besser, wenn wir unsere Grenzen schließen? Das Problem ist nicht die Freizügigkeit, die wir in Europa genießen. Die Ursachen, die Menschen dazu bewegen nach Europa zu flüchten, haben mit globalen Krisen und einer fehlenden EU-Stimme in der Außenpolitik zu tun. Freiheit und Bürgerrechte können nicht das Problem sein; ganz im Gegenteil. Wir, d.h. die überparteiliche Jugendor-

ganisation Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), sehen das Problem im Europäischen Rat, in dem sich die Vertreter der Mitgliedsstaaten treffen. Anstatt dass eine europäische Lösung auf ein europäisches Problem gesucht wurde, hat der intergouvernementale Rahmen dafür gesorgt, dass wichtige Entscheidungen für Europa von Mitgliedsstaaten getroffen wurden.

Und wie sähen europäische Lösungen laut JEF aus? Die Kommission soll das Recht bekommen, kurzzeitige Wiedereinführungen von Grenzkontrollen zu kontrollieren; derzeit ist der Legitimierungsgrund der nationalen Sicherheit undeutlich definiert und daher für eigene Interpretationen offen. Die Außengrenzen sollen nicht von Mitgliedsstaaten alleine, sondern nur von einem gemeinsamem europäischen Team gemanagt werden. Unter Aufsicht des Europäischen Parlamentes könnte dieses Team gegen organisiertes Verbrechen, Menschensmuggel und andere illegalen Vergehen vorgehen. Umso wichtiger ist es, dass Europa eine gemeinschaftliche Migrations- und Asylpolitik auf Basis von internationalem humanitärem Recht im Rahmen einer europäischen Außenpolitik annimmt und diese auch mit Hilfe einer europäischen Migrationsagentur implementiert. Die Freizügigkeit soll bleiben.

Im Februar starteten wir daher unsere „Don't Touch My Schengen“ Kampagne. In Deutschland fing sie aufgrund der Schließung der deutsch-dänischen Grenze im Januar schon ein paar Wochen vorher an. Unsere Mitgliedsorganisationen, die in über 35 Ländern aktiv sind, organisierten Straßenaktionen, wie z.B. eine Demonstration im luxemburger Ort Schengen, und nahmen an einer social media Kampagne teil. Andere sprachen an Orten, an denen Reisen anfangen oder enden, z.B. am Bahnhof mit Reisenden um ihnen die Vorzüge des Schengenabkommens bewusst zu machen. Allein schon mit unserem thunderclap, einer Art digitaligem Flashmob, konnten wir über 1.5 Millionen Menschen erreichen. Die Kampagne fand große mediale Resonanz. JEFer aus Italien wurden im nationalen Fernsehen genannt und in Deutschland fand man die Bilder der Demonstrationen sogar auf Spiegel Online und bei der Süddeutschen zurück. Auch gab es von anderen Jugendorganisationen viel positives Feedback, allen voran von den politischen Jugendparteien. Beflügelt davon schrieben wir auf europäischer Ebene einen offenen Brief an Donald Tusk, dem Präsidenten des Europäischen Rats. Im Namen der Jugend Europas riefen wir ihn darin dazu auf, sich für Schengen einzusetzen. Unser Brief wurde von über 18 Jugendorganisationen unterschrieben, u.a. dem European Youth Forum, aber auch einer großen Bandbreite der politischen Jugendorganisationen, wie zum Beispiel dem europäischen Dachverband Young European Socialists. Die Sorge um das Ende von Schengen vereinte die politische Jugend Europas.

Aber so gut eine Kampagne auch laufen kann, sieht die Lage noch immer düster aus. Umso wichtiger ist es, dass die politische Jugend Europas zusammenarbeitet und sich gemeinsam für ihre Rechte und Ideen einsetzt.



Leonie Martin ist Vizepräsidentin der Young European Federalists (JEF) Europe. Leonie kommt aus der Grenzregion zwischen Belgien, den Niederlanden und Deutschland. Unter anderem hat sie JEF in Maastricht mitgegründet.

¹ Europäische Kommission. Temporary Reintroduction of Border Control. http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/schengen/reintroduction-border-control/index_en.htm

CHANNELKRITIK

BUCHKRITIK

Komm, lieber Tod

LIEBER TOD



„Komm, lieber Tod“ – eine Erzählung über Depression. Stefan Lange, Jahrgang 1965, stehen Anfang der 90er Jahre eigentlich alle Türen offen. Er hat Betriebswirtschaft studiert und ist gerade nach Spanien gegangen, um seine Sprachkenntnisse aufzufrischen. Doch dort lernt er eine Frau kennen und sein Unglück beginnt... Was klingt wie der billige Plot eines Groschenromans ist die tatsächliche Biographie von Stefan Lange und sein Unglück heißt: Depression. Nach der empfehlenswerten YouTube-Serie „Shore, Stein, Papier“ (wir berichteten) bringt der Kanal ZQNCE die nächste Autobiographie in Kurzvideo-Form heraus, die thematisch tief gräbt. Stefan Lange erzählt offen und ungeschönt über seine Krankheit Depression und seinen Kampf dagegen. Ähnlich wie bei der Vorgängerserie ist das Setting immer gleich und stets schlicht. Eine Backsteinwand, davor ein dunkler Holztisch, auf dem lediglich ein schwerer Glasaschenbecher steht. Sonst nichts. An dem Tisch sitzt der Protagonist und erzählt über Absturz und Therapie, Medikamente und Suizidversuche. Seine Geschichte ist ein seltener Einblick in die oft miss- bzw. nicht verstandene Krankheit Depression. Lange hat 2014 das (leider etwas kitschige) Buch „Suicide“ veröffentlicht, in dem er seine Lebensgeschichte auch erzählt. Auf dem YouTube-Kanal „Lange liest aus Suicide“ trägt er Ausschnitte aus diesem Buch vor, jedoch deutlich weniger gelockert und interessant aufbereitet, als bei „Komm, lieber Tod“. Apropos Buch: Auch das gleichnamige Buch des Protagonisten von „Shore, Stein, Papier“ ist mittlerweile erschienen und lesenswert!



Fabian Bremer ist Mitglied im Landesvorstand und arbeitet im Schwerpunkt Gesellschaft mit. Er studiert in Münster und war zwei Jahre Sprecher der Jusos Münster. Er wartet weiterhin auf eine Entschuldigung von Sigmar Gabriel.

Wer ist Wir?



„Ich bin Muslim, ja – aber ich bin auch vieles andere.“ In seinem Buch „Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime“ nimmt Navid Kermani die Leser*innen mit auf eine Reise in das muslimische Deutschland. Kermani erzählt von seiner Kindheit in einer iranischen Arztfamilie in Siegen. Wie andere iranische Arztfamilien sind die Kermanis respektiert und anerkannt in ihrem wohlhabenden Viertel ohne Arbeiter*innen, Arbeitslose oder „Gastarbeiter“. Dass es so etwas wie Unterschiede gibt, erkennt Kermani erst als er mit sechs Jahren beginnt, Fußball zu spielen. In seinem Verein ist er der einzige, der aus einem wohlhabenden Viertel kommt. Soziale Unterschiede, die sich bemerkbar machen, keine kulturellen oder religiösen. Charakteristisch für Kermanis Buch ist, dass er immer wieder den Bogen schlägt von seiner eigenen Geschichte hin zum großen Ganzen. Probleme, die in Deutschland im Zusammenhang mit Muslim*innen immer wieder genannt werden, wie Parallelgesellschaften oder Benachteiligung von Frauen, so sagt er, hätten soziale, aber keine religiösen Gründe. Ein Großteil der Muslim*innen, die nach Deutschland ausgewandert sind, stammten aus sehr ländlichen Regionen und hätten darum Schwierigkeiten, sich in einer städtischen hochentwickelten Welt einzuleben. Ein Problem, das es infolge von Landflucht auch innerhalb der islamischen Welt in den Großstädten gibt. Kermanis eigene Familie ist in Deutschland deshalb so gut integriert, weil sie wie andere Akademiker*innen auch bereits im Iran zur privilegierten Schicht gehört hat. „Ich bin Muslim, ja – aber ich bin auch vieles andere.“ Auch im Leben von gläubigen Muslim*innen ist der Islam nicht die einzig relevante Größe. Kermani kritisiert, dass deutsche sog. Islamexpert*innen oft ein Bild vom Islam entwerfen, das dem von Fundamentalist*innen entspricht und die meisten Muslim*innen zu Ungläubigen erklärt. In seinem Buch am Beispiel seiner eigenen Familie von ganz normalen Muslim*innen in Deutschland zu erzählen, ist das große Verdienst Kermanis.



Mareike Heidenreich, 29, wohnt in Rahden, einer ländlichen CDU-Hochburg in OWL, und hält dort mit anderen engagierten Jusos die rote Fahne hoch. Sie arbeitet als Vikarin in der evangelischen Kirchengemeinde und findet, dass das kein Widerspruch zur Juso-Arbeit ist. Im Landesvorstand arbeitet sie im Schwerpunkt Gesellschaft mit.

BUCHKRITIK

Die bezifferte Welt



Der Politikwissenschaftler Colin Crouch ist für mich einer der fundiertesten KritikerInnen der konservativ-neoliberalen Wende in Politik und Wirtschaft ab Mitte der 1970er Jahre. Seit 2008 („Postdemokratie“) hat er in einer ganzen Reihe von Büchern einem breiten Publikum aufgezeigt, worin die Ursprünge der zunehmenden sozialen Spaltung und der Krise unserer demokratischen Kultur liegen. Mit dem Buch „Die bezifferte Welt – Wie die Logik der Finanzmärkte unser Wissen bedroht“ hat er dieses Jahr nachgelegt. Crouchs Projekt ging in den letzten Jahren dahin, den Neoliberalismus als Ideologie zu entlarven: Deregulierung transnationaler Märkte, Vermarktlichung und Privatisierung öffentlicher Güter sowie Sonderrechte für das Kapital – das seien die Ursachen für das destruktive „*race to the bottom*“ im Standortwettbewerb, die Irrationalitäten internationaler Finanzmärkte und der Zersplitterung der klassischen sozialdemokratischen Milieus (v.a. der IndustriearbeiterInnen und des öffentlichen Dienstes). In seinem neuen Buch konzentriert sich Crouch auf die destruktiven Folgen, die der Neoliberalismus auf gesellschaftlich relevantes Wissen hat: im Krankenhaus, in der Schule, im Journalismus

oder dem Bankensektor. Crouchs These ist verheerend. Sie sagt, dass die Verengung auf ökonomische Nutzenmaximierung (also auf Geld und Profit oder „*shareholder value*“) in vielen Bereichen unserer Gesellschaft großen Schaden angerichtet hat. Dabei habe v.a. die Vertrauen stiftende Annahme gelitten, dass ExpertInnen im Sinne ihrer KlientInnen handeln. In anderen Worten: Crouch kritisiert den Neoliberalismus dafür, dass seine ‚Politik der allgegenwärtigen finanziellen Anreize‘ die Arbeit von Lehrenden, ÄrztInnen, BeamtInnen oder BankberaterInnen schlechter gemacht hat. Denn neoliberaler Politik geht es nicht um die komplexe Sachlage und den betroffenen Menschen. Es geht um geringe Kosten oder hohen Profit. Für Crouch leidet darunter das Leben der Menschen und die Komplexität der Gesellschaft. Kurzum: Neoliberalismus macht dumm!

Insgesamt ein schlaues Buch, aber nicht Crouchs bestes. Für den Einstieg seien „Postdemokratie“ (2008) und „Jenseits des Neoliberalismus“ (2015) empfohlen.

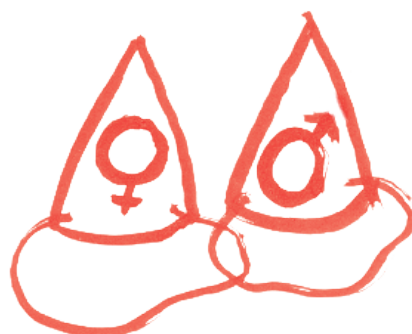


Felix Eggersgluß, 26, ist LaVo-Mitglied aus Ostwestfalen-Lippe. In seinem Münsteraner Exil arbeitet er als DGB-Jugendbildungsreferent. Als Mitglied des Schwerpunkt-Teams „Wirtschaft von Morgen“ interessiert sich Felix besonders für Arbeitsmarkt- und Klimapolitik.

Komm zum Forum Feminismus (+Sommerfest)!

Ende August, genauer am **Samstag, den 27. August**, machen wir den lupenreinen feministischen Hat Trick perfekt. Zum dritten Mal in Serie steigt dann im Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick unser Forum Feminismus. Und wie auch in den vergangenen Jahren steigt im Anschluss unser Sommerfest – der sprichwörtliche Inbegriff von Sommer, Sonne, Sozialismus! Also, nicht zögern, ab auf unsere Website und gleich anmelden:

www.nrwjusos.de/termine/forum-feminismus



Die Bottroper Jusos unterstützen die Aufbruch Kampagne in ihrer Stadt. So kam es zur ersten Veranstaltung in der Innenstadt, bei der die Genossinnen und Genossen vor Ort über ihre Arbeit berichteten.

Damit gehen die örtlichen ParteipolitikerInnen auf Distanz zum Kurs der Bundesregierung und wollen einen Politikwechsel in der Partei erreichen.

Juso-Vorsitzender Nils Beyer stellt klar: „Uns geht es bei dieser Aktion um eine Modernisierung der Partei. Wir wollen keine Spaltung betreiben, sondern die SPD inhaltlich für die Zukunft aufstellen.“ Die Themen soziale Gerechtigkeit stehen dabei im Fokus der Kampagne. „Wir merken an der Basis immer häufiger, dass die Menschen von unserer Politik überzeugt werden müssen. Lokale Themen spielen dabei eine wichtige Rolle“, so Nils Beyer

Die Forderungen

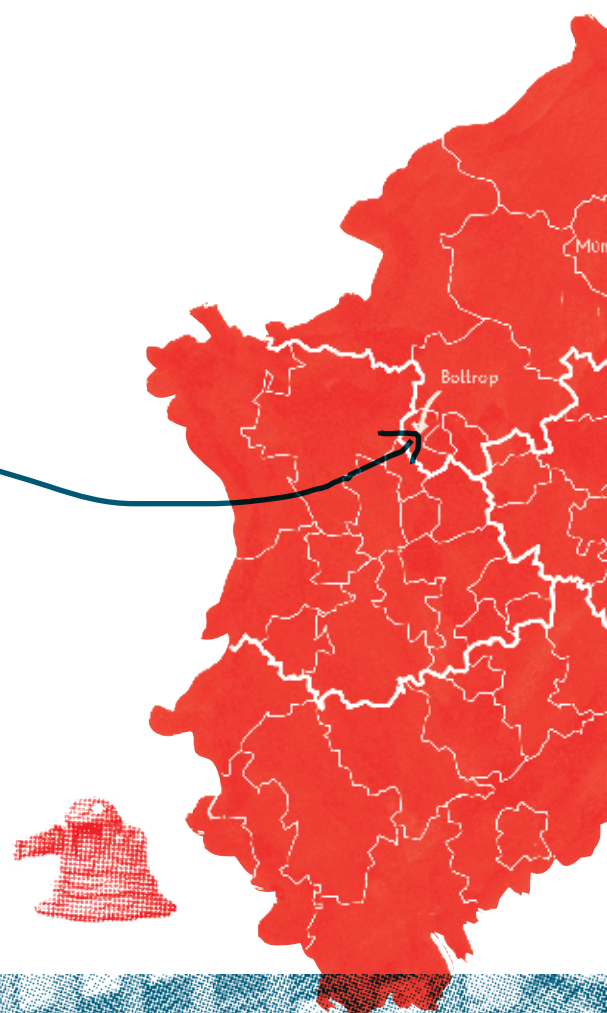
In Deutschland ist genug Geld vorhanden, wir brauchen jedoch eine mutige Politik, die die Menschen mitnimmt. Viele Menschen fühlen sich nicht verstanden und haben Sorgen um ihre Zukunft, daher fordern wir endlich, die Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Wir fordern von der Bundespartei, dass die Versprechen von 2014 auch wieder ins Wahlprogramm kommen. Die Einführung einer Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer, eine Rentenreform für sichere Renten und kostenlose Bildung gehören zu unseren zentralen Standpunkten.

Unser Ziel ist es auch, dass wir als SPD endlich einsehen, dass die Kommunen in unserem Land besser finanziert werden müssen. Wenn der Bund aktuell nicht die Finanzierung übernehmen darf, müssen endlich die rechtlichen Weichen dafür gestellt werden, damit dies in Zukunft möglich ist. Wenn wir es in Zukunft hinkriegen, dass die Menschen uns wieder als moderne und zeitgemäße Partei, mit einem offenen Ohr für ihre Probleme wahrnehmen, können wir für das Land und die Menschen eine Menge erreichen. Die Sozialdemokratie war schon immer die Partei des Gestaltens und der sozialen Gerechtigkeit, an diese Werte müssen wir wieder anknüpfen.

Die Kampagne „Aufbruch SPD Bottrop“ wünscht sich für die Zukunft weitere Unterstützung und freut sich auf den positiven Wandel in der Partei.

JUSOS BOTTROP

JUSOS-BOTTROP TREIBEN MODERNISIERUNG DER PARTEI VORAN





JUSOS MÜNSTER

AKTION "WIDER DEN NEUEN GRENZEN IN UND UM EUROPA!"

Den 05. Mai, Gründungstag des Europarats und damit quasi ein europäischer Festtag, haben wir Jusos Münster dafür genutzt um mit einer öffentlichen Aktion auf die besorgniserregenden Entwicklungen in und um Europa aufmerksam zu machen und unsere Idee eines gerechten, friedlichen und solidarisches Europas auf die Straße zu tragen.

Dafür haben wir nicht zu übersehende Grenzposten samt Schranke gebastelt und diese an zwei Punkten an der Münsteraner Promenade aufgebaut. Ziel war es, das Thema der geschlossenen Grenzen und wiedereingeführten Grenzkontrollen mitten in die Münsteraner Innenstadt zu holen. Damit wollten wir das Bewusstsein dafür zu wecken, dass – so fern diese tatsächlichen Grenzen manchmal erscheinen – sie jede*n einzelne*n von uns etwas angehen. Mit Warnwesten ausgestattet haben wir so Passant*innen kontrolliert, neugierige Fragen zu unserer Aktion beantwortet und gute Gespräche über die Notwendigkeit von offenen Grenzen in und um Europa geführt. Mit unserem Aufruf haben wir für ein solidarisches, ein offenes Europa geworben, das Geflüchtete willkommen heißt. Zudem haben wir deutlich gemacht, dass wir ein Mehr an Europa und keine erneute Stärkung der Nationalstaaten wollen. Und, dass dies erfordert, dass wir stets aufs Neue für europäische Grundwerte wie Toleranz, Freiheit und Solidarität eintreten. Für ein Europa ohne geistige und reale Grenzen!

ISRAEL / PALÄSTINA

EIN REISEBERICHT



Anfang Mai machte sich eine Delegation der NRW Jusos auf die Reise nach Israel und Palästina und folgte damit dem Ruf des Willy-Brandt-Centers in Jerusalem. Es war eine unglaubliche Erfahrung für jede/n Mitgereiste/n, wir sind alle reicher geworden an Bildern, Eindrücken und persönlichen Begegnungen. Die Wichtigkeit unserer Leitlinie Internationale Solidarität ist uns noch klarer geworden. Der erste Tag unserer Reise war direkt prall gefüllt mit vielen verschiedenen kulturellen und politischen Eindrücken. Zur Begrüßung gab es einen Info-Vortrag von Christopher Paesen, unserem NRWler vor Ort. Seit drei Jahren arbeitet er als Friedensfachkraft im WBC in Jerusalem und wurde in dieser Zeit zum echten Experten für den Nahostkonflikt. Das bekamen wir

als seine letzte zu betreuende Delegation im positivsten Sinne zu spüren. Unser erster inhaltlicher Schwerpunkt der Reise war ein Besuch der Knesset, dem israelischen Parlament. Wir hatten dort die Möglichkeit mit einer Labour-Abgeordneten zu sprechen und konnten den inhaltlichen Schwerpunkt auf die Frauenförderung setzen. Klar wurde, dass Israel mit ähnlichen emanzipatorischen Problemen zu kämpfen hat, wie wir. Der Frauenanteil in Parlamenten steigt, ist aber lange noch nicht ausgeglichen. Abends konnten wir einige unserer jungen GenossInnen der Meretz-Jugend treffen. Wir verbanden die Arbeit und das Vergnügen, tauschten uns privat und politisch aus und tranken dabei das ein oder andere Kaltgetränk. Der Abend endete mit einer spontanen musikalischen Darbietung zweier Cellistinnen

mitten auf der Straße, sowie dem Geburtstag eines Delegationsmitglieds. Am zweiten Tag besuchten wir unsere GenossInnen der Fatah-Jugend. In einem Haus mitten in einer Ortschaft, die stark durch Siedlungskämpfe geprägt ist, diskutierten wir über die Zusammenarbeit des WBCs mit den GenossInnen der israelischen und palästinensischen Seite. Das Gespräch war, wohl geprägt durch negative Erlebnisse der Siedlungspolitik, ernüchternd. Auch wenn die Fatah als der gemäßigte Arm der palästinensischen Politik gilt, sahen unsere GenossInnen keine Chance auf eine friedliche Lösung des Konflikts. Außerdem besuchten wir die Altstadt Jerusalems. An ihr lässt sich die kulturelle Vielfalt des Landes schnell erkennen: Sie ist viergeteilt, es gibt ein jüdisches, ein christliches, ein muslimisches und ein

armenisches Viertel. Wir besuchten den Tempelberg, die Klagemauer und die Grabeskirche. Der Ort ist etwas ganz besonderes, drei der für ihre Religion wichtigsten heiligen Stätten stehen direkt nebeneinander. Man tauchte jeweils in sehr unterschiedliche Welten ein. Der Tempelberg entpuppte sich als sehr lebendiger Ort der Begegnung für muslimische Gläubige, Kinder spielten und direkt daneben picknickten die Familien. Die Klagemauer ist strikt nach Geschlechtern getrennt, es geht wesentlich geordneter zu und das Beten steht im Vordergrund. In der christlichen Kirche befindet sich der überlieferte Ort des Grabes Jesu und viele weitere christliche Heiligtümer.

Den Tag darauf verbrachten wir viel Zeit im Willy-Brandt-Center mit unseren israelischen GenossInnen. Wir sprachen über das israelische Parteiensystem und was es bedeutet, Teil der sozialistischen Jugend zu sein: Kampf für eine solidarische, gerechte Gesellschaft mit gleichwertigen Lebensverhältnissen für Alle. Der Austausch mit den GenossInnen vor Ort war sehr prägend und wir konnten, das ist keine Floskel, viel für unsere Arbeit mitnehmen.

Am vierten Tag wurden wir Teil von etwas, das wir unser Leben lang wohl nicht mehr vergessen werden. Es war

der 5. Mai 2016. An diesem Tag beging Israel den „Jom haScho'a“. Das ist der Tag des Gedenkens an die über sechs Millionen jüdischen Opfer der Shoa. Um 10 Uhr blieb das ganze Land buchstäblich stehen: Autos, Busse, Fußgänger – nichts bewegte sich für zwei Minuten mehr. Dazu eindringliches Sirenen-Geheul. Das war ein sehr emotionaler und einprägsamer Moment. Wir erlebten ihn auf der Fahrt zur Gedenkstätte YadVashem. Dieser Besuch in der wohl wichtigsten und eindrücklichsten Gedenkstätte zur Shoa ist nicht in Worte zu fassen. YadVashem dokumentiert auf so eindrückliche, unausweichliche Art und Weise die unvorstellbaren Gräueltaten der Nazis, dass einem die Sprache versagt. Niemand sollte die Gelegenheit verpassen, diesen Ort einmal selbst zu besuchen.

Am fünften Tag brach unsere Gruppe von Jerusalem Richtung Bethlehem auf. Dazu muss man zunächst zum Checkpoint, der

Ostjerusalem von palästinensischem Gebiet trennt. Der Checkpoint selbst wirkt Dank Drehkreuzen, Kameras, bewaffneter SoldatInnen und hohen Mauern ziemlich einschüchternd. Unser Weg führte uns von dort entlang der Sperrmauer, die von unzähligen Graffiti übersät ist. Die Sperranlage mit hohen Mauern und durchzogen von Wachtürmen trägt nicht dazu bei, sich wie ein/e ganz normale/r TouristIn zu fühlen. Nach rund einer halben Stunde Fußmarsch erreichten wir unser Ziel: ein Flüchtlingslager am Rande von Bethlehem. Dort leben vertriebene Palästinenser in einer Art kleinem Stadtteil. Die Armut war dort deutlich sichtbar.

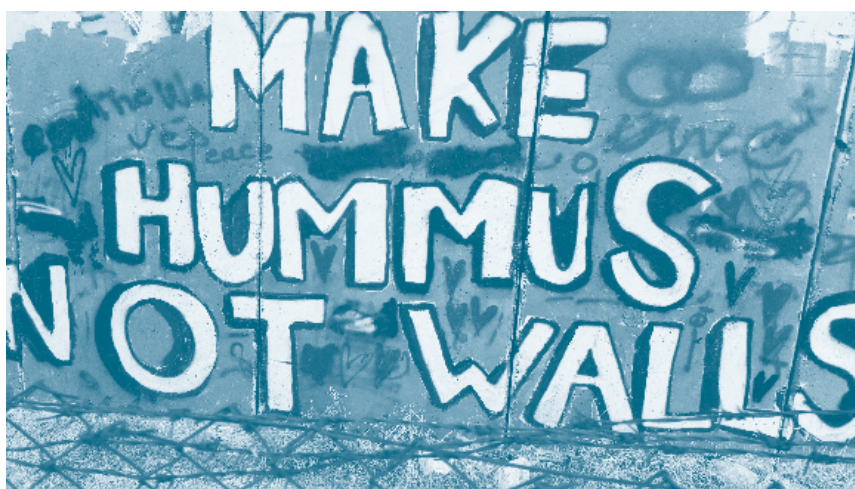
Nach dem Besuch in dem Flüchtlingscamp bezogen wir schnell unsere Zimmer und besuchten die Altstadt von Bethlehem. Die zugegebenermaßen recht überschaubar ist, dennoch wunderschön. Und im Gegensatz zu Jerusalem auch deutlich

Nach dem Aufenthalt in Palästina verbrachten wir die restlichen Tage in Tel Aviv. Tel Aviv gilt als weltliche Hauptstadt Israels und ist sehr gegensätzlich zu Jerusalem. Am Meer tummelten sich die SonnenanbeterInnen und es waren kaum noch Menschen religiös gekleidet. Eine große Herausforderung stellt für die Bevölkerung der Zuzug von Geflüchteten dar. Es existiert keine sozialstaatliche Unterstützung für die Menschen und sie werden in den schlechteren Stadtteilen isoliert. Sie haben weder die Möglichkeit, einer legalen Arbeit nachzugehen, noch ist es für sie möglich, Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge zu nutzen. Ein Konflikt, der sich zuletzt in Protesten entlud.

In einem Gespräch mit der internationalen Sekretärin des Gewerkschaftsbundes Histratud, einer Schwesterorganisation des DGB, tauschten wir uns über die aktuellen Probleme in der israelischen Arbeits-

welt aus. Als einer der letzten Tagesordnungspunkte stand ein Vortrag zur AfD von Lucien auf der Agenda. Er schilderte die aktuelle Thematik rund um die neue Rechte in Deutschland. Gemeinsam mit der Tel Aviver Meretz-Jugend diskutierten wir über die Gefahren des erstarkten internationalen Rechtspopulismus und mögliche Lösungswege. An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Beteiligten für diese einzigartige Reise

bedanken: Beim Willy-Brandt-Center für seine unersetzliche Arbeit, bei Chris Paeßen für seine unermüdliche Betreuung, bei allen die mit uns diskutiert, uns begleitet oder etwas für unsere Gruppe organisiert haben und natürlich bei unserer Delegationsleitung, die sich um wirklich jedes Wehwehchen gekümmert hat. Wir halten fest, dass man immer genügend trinken sollte und verbleiben mit dem allseits bekannten „Luck up!“.



preiswerter ist. Als letzter Höhepunkt des Tages stand der Besuch der Geburtskirche an. Diese ist, wie wir es schon aus Jerusalem gewohnt waren, in einen katholischen und einen orthodoxen Teil unterteilt. Da zu unserem Besuch leider Renovierungsarbeiten stattfanden, konnte die eigentliche Schönheit der Kirche nur erahnt werden. Am Folgetag brachen wir nach Ramallah auf. Nach einer ausgiebigen Stadtführung, die unter anderem auch das Grab von Yasser Arafat beinhaltete, erreichte uns die Information, dass unser Treffen mit der Fatah Jugend leider nicht zu Stande kommen konnte da sie zurzeit mit ihrem Wahlkampf beschäftigt waren. Nach einem ausgiebigen Mittagessen im Ramallah Tower machten wir uns Grüppchenweise auf die Stadt auf eigene Faust zu entdecken. Besonders faszinierend waren neben den Märkten und Bäckereien vor allem die alten Moscheen.



Philipp Johannknecht ist stellvertretender Vorsitzender der Jusos Gelsenkirchen. Er studiert Politikwissenschaft an der Uni Duisburg-Essen.



Ronja Christofzik ist Vorsitzende der Jusos Gelsenkirchen. Sie studiert Sozialwissenschaften an der Heinrich-Heine-Uni Düsseldorf.

BILDUNG GIBT'S NICHT FÜR LAU!

Damit starten wir nach Mobilität und Daseinsvorsorge nun unseren dritten Kampagnenbaustein. Wir wollen beim Thema Bildung vier Schwerpunkte setzen, bei denen wir in jedem Bildungsschritt dringenden Investitionsbedarf sehen: Infrastruktur, Inklusion, Digitalisierung und Gute Arbeit.

Wir haben in vielen Bildungsbereichen eine gute infrastrukturelle Substanz, dafür hat sozialdemokratische Politik gesorgt. Jetzt müssen wir dran bleiben, dort investieren, wo Schulen verfallen und Hörsäle nicht mehr alle Studierenden aufnehmen können. Wir müssen modernisieren und dort ergänzend ausbauen, wo es mangelt. Für uns können Menschen nur lernen, wenn sie sich auch wohlfühlen, wenn sie auch Freiräume haben. Deshalb müssen wir bei Diskussionen um Infrastruktur auch die Betroffenen einbeziehen. Wie sehen für sie Lernräume aus? Was brauchen sie? Mitbestimmung hört nicht bei der SV-Vertretung oder dem AStA-Häuschen auf. Und natürlich muss das selbe auch für Berufsschulen und das duale Ausbildungssystem gelten!

Eng verknüpft ist Infrastruktur auch mit Inklusion. Natürlich reicht es bei weitem nicht aus, eine inklusive Infrastruktur zu schaffen. Aber oft kann Barrierefreiheit ein erster Schritt sein, um Barrieren im Kopf abzubauen! Unser Verständnis von Inklusion umfasst dabei auch Refugees und deren Inklusion in unser Bildungssystem. Wir wollen mit Menschen ins Gespräch kommen, die aus welchen Gründen auch immer, in unserem Bildungssystem an Barrieren stoßen und wollen von ihnen wissen, was sie brauchen, damit alle gleichberechtigt und gemeinsam lernen können.

Nächstes Thema: #neuland. Wie sehr die Realität und die technischen Möglichkeiten von der Ausstattung der Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten mit digitalen Geräten und Breitbandzugang auseinanderklaffen, lässt uns immer wieder auf den Boden der Tatsachen knallen. Wenn wir in manche Schule reinschauen, denken wir: „Das ist so 1998zig“. Doch Digitalisierung heißt nicht nur, dass alle am Ende ein schickes Tablet haben, wir müssen uns auch damit beschäftigen, welche Investitionen es braucht, damit alle dieses Tablet auch nutzen können. Hier ist nicht nur „Medienkompetenz“ das Stichwort, sondern auch die Frage, wem Wissen denn eigentlich gehört. Digitalisierung verspricht uns, dass alle Menschen niedrigschwellig und barrierefrei auf alles zugreifen können. Wenn ich dann aber eine wissenschaftliche Online-Zeitschrift anklicke, bekomme ich die Meldung, dass meine Bibliothek dafür keine Lizenz hat. Abgesehen davon, dass es total exklusiv ist, dass ich für den Zugriff immatrikuliert sein muss, geht es dann auch um Fragen des Urheber*innenrechts und wie wir die Menschen bezahlen, die Wissen für uns erarbeiten und aufschreiben.

Damit sind wir auch schon bei dem Schwerpunkt Gute Arbeit. Prekäre Arbeitsverhältnisse – wenn man das hört, denkt man nicht als erstes an die Hochschulen. Dort ist es aber völlig normal, dass Menschen auf Drei-Monats-Verträgen für ein Minijob-Gehalt für uns Wissen produzieren, ohne zu wissen, ob sie im Herbst noch weiter angestellt sind. In vielen Fällen trifft das Frauen deutlich härter als Männer. Können wir dort nicht in einen starken Mittelbau investieren, um mehr feste Jobs zu schaffen? Gute Arbeit betrifft aber auch die Fachkräfte, die in den Kindergärten und Schulen Kinder erziehen und unterrichten. Unterbezahlt, zu wenig Fachkräfte, schlechter Betreuungsschlüssel, befristete Arbeitsverträge, an all das müssen wir ran und investieren. Beim Thema Gute Arbeit müssen wir nicht zuletzt auch auf die Auszubildenden schauen. Gerade wird das Berufsbildungsgesetz (BBiG) novelliert. Die Gewerkschaften haben dafür einen Forderungskatalog aufgestellt. Diesen wollen wir unterstützen und gemeinsam mit Gewerkschaften und Auszubildenden schauen, wo investiert werden muss, um Auszubildende im System der dualen Ausbildung zu unterstützen und sie zu stärken.

Bei den letzten beiden Bausteinen haben wir schon gezeigt, dass wir die NRWSPD nicht in Ruhe lassen, bis wir unsere Forderungen untergebracht haben. Nun wollen wir sie auch im Wahlprogramm 2017 sehen. Wir haben Bock, mit euch nun den letzten Kampagnenbaustein zu beschreiten. Ihr auch? Dann bringt Euch ein. Denn Zukunft gibt's nicht für lau!



Johanna Gebhardt (27) ist Mitglied im Landesvorstand und aktiv bei den Jusos Münster. Im Schwerpunkt Gesellschaft betreut sie die Themen Bildung, Gleichstellung, Antifaschismus und Mobilität. Außerdem liebt sie ICEs und Kattas.

GEHÖRT
WISSEN
WEM?

#NEULAND



INTEGRATIONSGESETZ

—

Wir müssen reden...

Es ist vollbracht, es ist endlich da! Wo normalerweise al-lenthalben Jubel ausbricht, müssen wir aber nochmal ganz genau hinschauen. Zunächst der Name: Integrationsgesetz. Hätt ich mir jetzt nicht ausgesucht aber hey, Integration klingt doch erstmal ganz gut. Unser stets fürsorglicher Bundesinnenminister will uns mal wieder nicht verunsichern und sagt deshalb, das Gesetz solle die Gesellschaft zusammenhalten. Kurz und knapp. Der Inhalt: Fordern und Fördern. Da klingelt doch was? Richtig! Hartz IV, die alte Spalterin. Und so wird es wohl kommen: Das Integrationsgesetz scheint wie der Zwillingbruder von Hartz.

Der Förder-Teil besteht im Kern aus nicht näher ausgeführten Bundesmitteln, die „mehr Jobs“ bringen sollen:

- „Lockerung“ der Vorrangsprüfung, bei der, bevor einem Geflüchteten eine Stelle angeboten wird, geschaut werden muss, ob es nicht eine/n Deutsche/n gibt, oder jemand aus einem anderen EU-Land, der oder die auch für die Stelle in Frage käme.
- Aufenthaltsstatus der Duldung während einer Berufsausbildung und ein halbes Jahr danach
- Und natürlich: Integrationskurse

Der Fordern-Teil macht die Integrationskurse verpflichtend, auch für geflüchtete Menschen, die bereits der deutschen Sprache mächtig sind. Bei Weigerung werden die Leistungen gekürzt. Kürzungen erfolgen (analog zum Arbeitslosengeld II) auch, wenn „zumutbare Arbeiten“ nicht angenommen werden. Eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung, die bisher nach drei Jahren gewährt wird, soll jetzt nur noch unter bestimmten Voraussetzungen (Beherrschen der deutschen Sprache auf C1 Niveau¹, weitgehend selbst gesicherter Lebensunterhalt) erteilt werden. Nach der Wohnsitzregelung schließlich, sollen künftig die Länder entscheiden können, wer sich in welchem Ort oder in welcher Stadt eine Heimat aufbauen darf.

Da ist er also, der „Meilenstein“, den die Merkels und Siggis feiern. Das heißt ja häufig nichts Gutes. Auf jeden Fall tun wir gut daran, uns ein paar der neuen Regelungen einmal etwas genauer anzusehen. Etwa die im sozialen Bereich, ist er doch stets ein Identifikationsmerkmal für die Mutterpartei gewesen.

Hier fallen direkt die Leistungskürzungen ins Auge. Dazu fällt einem eigentlich wenig ein. Geflüchtete erhalten maximal 359 Euro plus Wohnung. Kürzungen sollen gemäß § 1a Abs. 2 Asylbewerberleistungsgesetz erfolgen. Übrig bleiben dann „nur noch Leistungen zur Deckung ihres Bedarfs an Ernährung und Unterkunft einschließlich Heizung sowie Körper- und Gesundheitspflege.“ Der Deutsche Anwaltsverein, nicht unbedingt für seine progressive Politik bekannt, kritisiert die Leistungskürzungen auf ein „physisches Existenzminimum“ als verfassungsrechtlich bedenklich.

ALS ERFOLG ZU VERBUCHEN IST, DASS ES ÜBERHAUPT EIN INTEGRATIONSGESETZ GIBT. DAS ERSTE IM EINWANDERUNGS-LAND DEUTSCHLAND.

Es ist in der Tat nicht zu erwarten, dass das Bundesverfassungsgericht im Falle von Geflüchteten einen minimaleres Minimum für ein menschenwürdiges Dasein vorschlägt, als bei deutschen Personen, die vom Staat unterstützt werden. Weniger als das Existenzminimum geht nicht.

Tatsächlich macht es den Anschein, als bleibe die deutsche Regierung ihrer Linie treu, in schwierigen Zeiten die Richtlinien der europäischen Union mehr als grobe Richtschnur denn als verbindliche Regelungen anzuerkennen. Ein Verhalten, dass bei anderen Mitgliedstaaten (zu Recht) Empörung auslöst und beharrlich angeprangert wird. Art. 20 der EU-Aufenthaltsrichtlinie legt Voraussetzungen fest, unter denen es erlaubt ist, die Leistungen für Geflüchtete zu kürzen. Zum Beispiel, wenn die AntragstellerInnen verschwiegen haben, dass sie über ausreichend eigene Finanzmittel verfügen, oder wenn sie grob gegen Vorschriften aus der Unterbringungszentren verstoßen. Der Abbruch oder die Nichtteilnahme an einem Integrationskurs ist nicht aufgeführt, demnach nach EU-Recht kein zulässiger Grund für Leistungskürzungen.

Aber hey, was stört's die deutsche Eiche, wenn sich die EU-Sau an ihr kratzt?

Ok, wie sieht's denn beim Fördern aus? Was genau müssen wir uns unter Integration in den Arbeitsmarkt vorstellen? Darunter können wir uns zum Beispiel die Schaffung von 100.000 Ein-Euro-Jobs in privatwirtschaftlichen Unternehmen vorstellen. Diese haben für Hartz-IV-EmpfängerInnen bisher nachweislich keinen arbeitsmarktintegrativen Charakter. In solchen Fällen ist Polemik eine gute Weggefährtin. Mit ihr lässt sich hier anfügen, dass die Arbeitsgelegenheiten, wie Ein-Euro-Jobs eigentlich heißen, vielleicht den gewünschten Charakter vermissen lassen. Sie sind jedoch mitnichten als charakterlos zu bezeichnen. Ihnen kann guten Gewissens eine Verdrängung-von-normalen-Jobs- und Dumpingcharakter zugeschrieben werden. Zudem wird dieser Jobsegen auch nicht allen Geflüchteten zuteil. Ausgenommen von den Arbeitsgelegenheiten sind Geflüchtete aus den von der Bundesregierung bestimmten sicheren Herkunftsländern (was bei dem Tempo der letzten Monate bald alle Länder auf dem Globus sein dürften). Diese Personen sollen sich nicht integrieren, denn sie sollen weg, und zwar schnell.

Gefördert wird hier wohl nur das deutsche UnternehmerInnen-tum, scheint Schwester Polemik noch zu schreien. Um sie zum Schweigen zu bringen, wenden wir uns fluxx der verlängerten Duldungszeit für die Ausbildung zu. Das ist gut. Besser wäre es vielleicht, wenn die sechsjährige Wartefrist für Geduldete auf Berufsausbildungsbeihilfe während berufsvorbereitender Maßnahmen verkürzt würde.

Und nun? Als Erfolg zu verbuchen ist, dass es überhaupt ein Integrationsgesetz gibt. Das erste im Einwanderungsland Deutschland. Aber man muss das Kind beim Namen nennen: Die Gesellschaft wird dieses Gesetz nicht zusammenhalten, nein, die Gefahr ist groß, dass es zu einem weiteren Auseinanderdriften eben dieser beiträgt. Machen wir uns nichts vor, legislative Kinder aus der Ehe von Union und SPD sind selten schön, machen hier und da mal was richtig, sind aber häufig zum Sterben geboren. Mehr denn je brauchen wir ein solidarisches und gerechtes Einwanderungsgesetz und nicht ein weiteres in gesetzesform gegossenes Herumtrampeln auf den Schwächsten und Schwachen unserer Gesellschaft.



Lena Oerder kommt aus, und lebt in Köln. Sie arbeitet zwar als Anwältin in Düsseldorf, das jedoch zum Glück auf Arbeitnehmer*innenseite. Sie ist Mitglied im Juso-Landesvorstand und dort im Schwerpunkt „Gesellschaft“ tätig.

Ihr politisches Engagement steht unter dem schönen Stern der Gleichstellungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – außerdem steht sie auf Gedankenstriche.

¹ Der europäische gemeinsame Referenzrahmen für Sprachen führt zu C1 aus: Kann ein breites Spektrum anspruchsvoller, längerer Texte verstehen und auch implizite Bedeutungen erfassen. Kann sich spontan und fließend ausdrücken, ohne öfter deutlich erkennbar nach Worten suchen zu müssen. Kann die Sprache im gesellschaftlichen und beruflichen Leben oder in Ausbildung und Studium wirksam und flexibel gebrauchen. Kann sich klar, strukturiert und ausführlich zu komplexen Sachverhalten äußern und dabei verschiedene Mittel zur Textverknüpfung angemessen verwenden.

RÄTSEL

Außenminister der USA (Nachname) →

Vorname Gramscis →

Hype-App des Sommers 2016 →

Lückenhaftes Wissen ohne Kontext →

Beste dt. Band aller Zeiten →

Düsseldorfer Stadtteil →

Was ist das für 1... →

Comeback-Track der Beginner →

Autor von „Krieg und Frieden“
(Nachname) →

Englisch für Amtsenthebungsverfahren →

Lautmalerei (Fachbegriff) →

Linke Bewegung in Frankreich →

Lösungswort auf www.nrwjusos.de/raetsel einreichen, Büchergutschein gewinnen.
Einsendeschluss ist der 15.9.2016.

Impressum

Herausgeber:
Jusos in der SPD
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Tel. 02 11/1 36 22-325
Web: www.nrwjusos.de
eMail: magazin@nrwjusos.de

V.i.S.d.P.: Guido Kleineheilmann
Grafik: Felicitas Horstschäfer
Druck: Druckhaus Kruse, Bottrop
Auflage: 8000
Erscheint einmal im Quartal